

Antrag S-2

Jusos Mittelsachsen

Doppelbesteuerung von betrieblicher Altersvorsorge

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen, an
2 den Bundeskongress der Jusos und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 Arbeitnehmer*innen sollen bei Auszahlungen von Betriebsrenten, Kapitallebensversicherungen und Direktversiche-
4 rungen nur noch den Arbeitnehmerbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen und nicht mehr wie
5 bisher den vollen Beitragssatz aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbetrag.

6 Bezieher von Renten aus vor 2004 abgeschlossenen Verträgen über die genannten Rentenvorsorgeprodukte erhalten
7 rückwirkend alle zu viel gezahlten Beiträge erstattet.

8 Begründung

9 Durch Halbierung der Krankenkassenbeiträge entsteht eine Finanzierungslücke von 3 Milliarden Euro. Dies erscheint
10 aufgrund der finanziell gut ausgelasteten Krankenkassen im Moment vertretbar. Ein Gesetzesentwurf von Gesund-
11 heitsminister Jens Spahn sieht einen Bundeszuschuss von 2,5 Milliarden Euro vor, wodurch sich die Verluste der Kran-
12 kenkassen auf 500 Millionen Euro verringern.

13 Das System der Doppelbesteuerung ist aus sich heraus unfair. Sollten die monatlichen Beiträge für das jeweilige Ren-
14 tenprodukt vom Nettolohn abgezogen werden, würden die Beiträge einmal zu viel besteuert. Sollten die Beiträge vom
15 Bruttolohn abgezogen werden, trägt der Arbeitnehmer beide Beitragsanteile, was diese Form der Rentenabsicherung
16 unlukrativ macht.

17 Eine komplette Rückabwicklung der Doppelverbeitragung würde ca. 40 Milliarden Euro kosten. Eine zunächst riesige
18 Summe. Bedenkt man aber, dass dieses Geld Rentner*innen zu Gute kommt, die das Geld zunächst entweder sparen,
19 zur Unterstützung der Familie weitergeben oder selbst konsumieren, wird ein Großteil der Zuwendungen durch Steu-
20 erbeträge wieder die Staatskasse erreichen.

21 Effektiv kann man dabei Altersarmut und eine eklatante Ungerechtigkeit beseitigen. Viele Verträge wurden vor 2004
22 unter der damaligen Gesetzeslage in dem Vertrauen auf ebendiese beständige gesetzliche Situation abgeschlossen.
23 Durch die rückwirkende Besteuerung ist viel Vertrauen verloren gegangen und damit viele Wähler*innen im Renten-
24 alter. An den Wahlständen zur vergangenen Landtagswahl war die Doppelbesteuerung oft Thema und für viele der
25 Grund „nie wieder SPD zu wählen.“